VBSaktuell

Ausgabe 02 | 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leser,

seit dem 6. Mai haben wir eine neue Bundesregierung. Da sich diese noch innerhalb der 100-Tage-Frist befindet, möchte ich deren bisheriges Wirken hier nicht kritisieren. Aber der Blick in den Koalitionsvertrag zeigt: Beim Thema Kreislaufwirtschaft bleibt vieles vage. Im Vergleich zur Ampel, die zwar ambitioniert formulierte, aber wenig umsetzte, setzt die neue Regierung eher auf knappe Worte – nennt aber einige zentrale Punkte:

- Effizientere Batterierücknahme,
- Schnellere Genehmigungsverfahren,
- Bürokratieabbau und mehr Pragmatismus bei gleichzeitiger Einhaltung der Umweltstandards.

Das ist ein Anfang. Jetzt zählt die Umsetzung! Denn unsere Branche steht bereit: Mit Investitionen, moderner Anlagentechnik und innovativen Verfahren tragen unsere Unternehmen schon heute entscheidend zum Klimaschutz und zur Energie- und Rohstoffsicherung bei.

In unserem aktuellen Politikbrief möchten wir Sie zu folgenden Themen informieren:

- Öffentliche Auftragsvergabe: Europäisches Parlament bleibt weit hinter Erwartungen zurück
- Münchner Stadtrat entscheidet sich für die Gelbe Tonne
- Batteriebrände: Drei Brände in einer Woche in Bayern – wie viele noch?

Eine gute Lektüre wünscht Ihnen

Stefan Böhme
VBS-Präsident

INHALTSVERZEICHNIS

Öffentliche Auftragsvergabe: Europäisches Parlament bleibt weit hinter Erwartungen zurück
→ SEITE 01

Drei Brände in einer Woche - wie viele noch?
→ SEITE 02

Münchner Stadtrat entscheidet sich für die Gelbe Tonne: Bürgerfreundliches Holsystem hilft Umwelt und Klima
→ SEITE 03

Politik auf einen Blick
→ SEITE 04

Politik auf einen Blick
→ SEITE 05

Öffentliche Auftragsvergabe: Europäisches Parlament bleibt weit hinter Erwartungen zurück

Der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments (IMCO) hat am 7. Juli einen Initiativbericht zur Revision des Vergaberechts verabschiedet. Zwar benennt der Bericht wichtige Handlungsfelder wie Digitalisierung, Qualitätskriterien und KMU-Support – doch im Kern bleibt er deutlich hinter den Erwartungen zurück: Verbindliche Standards zur Green Public Procurement (GPP) fehlen weitgehend, und die Forderung nach umfassenden Ausnahmen für In-House-Vergaben und öffentlich-öffentliche Kooperationen ist ein offener Schlag gegen fairen Wettbewerb. „Der Bericht ist eine verpasste Chance – denn verbindliche Vorgaben für umweltfreundliches Beschaffen fehlen praktisch komplett", kritisiert VBS-Präsident Stefan Böhme.

Der Bericht wurde mit 34 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen. Aus rund 750 Änderungsanträgen entstanden elf Kompromisspakete. Die finale Abstimmung im Plenum ist für September geplant. Während Themen wie Qualität, Digitalisierung und Transparenz adressiert werden, bleibt der Bericht in puncto Nachhaltigkeit und Marktsouveränität umfassend hinter den Anforderungen zurück.

Green Public Procurement – vage Absicht statt klarer Normen

Der Bericht enthält Ankündigungen zu sektorbezogenen Kriterienkatalogen und einer „Sustainability Criteria Toolbox".
Dennoch:

- Es fehlt jegliche Verbindlichkeit, um GPP tatsächlich durchzusetzen.
- Kein Mandat für EU-weit einheitliche Standards.
- Öffentliche Auftraggeber erhalten weiterhin keine klare, verpflichtende Orientierung, was „grüne Beschaffung" bedeutet.

„Ohne verbindliche GPP-Kriterien bleibt das wichtigste Instrument zur Förderung der Kreislaufwirtschaft wirkungslos", so Stefan Böhme.

Recycling stärken, bleibt ohne politische Rückendeckung jedoch bloßes Placebo

Der BDE fordert, dass öffentliche Auftraggeber recycelte Materialien bevorzugen und Anforderungen an Recyclingfähigkeit verbindlich festschreiben. Der IMCO-Bericht enthält jedoch keine konkreten Vorgaben, um diese Forderungen durchzusetzen:

- Kein zwingender Vorrang für Rezyklate im Vergabeverfahren.
- Keine Verpflichtung zu „Buy-European"-Modellen.

„Ohne verbindlichen Rahmen bleibt Recycling reine Absichtserklärung, nicht echter Marktförderer", kritisiert Böhme.

In-House-Vergaben: Gefährlicher Rückschritt statt Modernisierung

Besorgniserregend: Der Bericht postuliert weitreichende Ausnahmen für In-House-Vergaben und öffentlich-öffentliche Kooperationen – ohne Abwägung von Wettbewerbsvorteilen:

- Solche Ausnahmen unterminieren den Wettbewerb, Innovation und Effizienz.
- Sie führen zu einer faktischen Rekommunalisierung zentraler Versorgungsaufgaben.

„Aufträge ohne Ausschreibung entziehen sich dem Wettbewerb – das ist ein Schlag ins Gesicht des Vergaberechts und der Mittelverantwortung", warnt Böhme.

EU-Parlament verpasst die Chance Europa zu einem Vorzeigemodell für Kreislaufwirtschaft zu machen

Der Bericht markiert zwar einen politischen Impuls – bleibt aber auf halber Strecke stecken. Für uns ist klar: Wer die europäischen Staaten zu Vorzeigemodellen für die Kreislaufwirtschaft machen will, braucht verbindliche Regeln, nicht bloße Absichtserklärungen. Die Vorschläge des IMCO-Berichts sind in dieser Form unzureichend – und lenken in die falsche Richtung. Die Europäische Kommission wird 2026 mit einem konkreten Richtlinienvorschlag nachlegen. BDE und VBS fordern von den EU-Entscheidungsträgern entschlossenes Nachsteuern: verbindliche GPP-Kriterien, klar geregelte Recyclingquoten und eine Beibehaltung der Ausschreibungspflicht für alle öffentlichen Aufgaben.

Drei Brände in einer Woche – wie viele noch?

Allein in Bayern standen in KW 14 drei Recyclinganlagen in Flammen. Dreimal Gefahr und großer Schaden – wie viele Abfallanlagen wollen wir noch auf's Spiel setzen, bis unsere Branche die nötige Unterstützung bekommt?! Mit dieser eindringlichen Botschaft wendeten wir uns am 8. April via Social Media an die Öffentlichkeit.

Falsch entsorgte Lithium-Akkus waren in letzter Zeit vielfach die Ursache von Bränden in Abfalltonnen, Sortieranlagen und Müllfahrzeugen. Über 250 Mio. € Schaden entstehen der Branche durch falsch entsorgte Akkus – pro Quartal!
Was wäre zu tun? Aus unserer Sicht wären folgende Maßnahmen sinnvoll, um das Brandrisiko zu verringern:

- Einführung eines Batteriepfandes
- Eine herstellerfinanzierte Fondslösung, die die Absicherung der Recycling- und Entsorgungswirtschaft im Brandfall gewährleistet (ähnlich dem Einwegkunststofffondsgesetz)
- Verbot von Einweg E-Zigaretten (wie in Frankreich, Belgien und GB)
- Kennzeichnungspflicht für Batterien

Münchner Stadtrat entscheidet sich für die Gelbe Tonne: Bürgerfreundliches Holsystem hilft Umwelt und Klima

Der Kommunalausschuss des Münchner Stadtrats hat sich einstimmig für die Einführung der Gelben Tonne ausgesprochen. Aus Sicht des VBS Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. ist das eine richtige Entscheidung für mehr Recycling: Die Umstellung der Sammlung auf die Gelbe Tonne bietet die Chance, ein Vielfaches an Wertstoffen im Kreislauf zu halten und zu recyceln als das bisherige Bringsystem – mit entsprechend positiven Folgen für Umwelt und Klima.

Jedes Erfassungssystem für Verpackungen (Gelbe Tonne, Wertstofftonne, Gelber Sack oder Depotcontainer) hat seine jeweiligen Vor- und Nachteile. In der Vergangenheit zeigte sich jedoch, dass über die Münchner Depotcontainer jährlich nur ca. 6 kg pro Einwohner an Leichtverpackungen erfasst werden, während der bundesweite Durchschnitt bei ca. 32 kg pro Einwohner liegt. Dies bedeutet nichts anderes, als dass der Großteil der in München genutzten Verpackungen bislang in der Restmülltonne und damit in der Verbrennung landet. Über ein bürgerfreundliches Holsystem wie die Gelbe Tonne wird sich dieser Wert deutlich steigern lassen. Damit dürfte auch die ein oder andere Restmülltonne in Zukunft überflüssig werden.

VBS-Präsident Stefan Böhme: „Mülltrennung wirkt: Jede Tonne Recyclingkunststoff, die anstelle vergleichbarer Neuware zum Einsatz kommt, vermeidet bis zu 3,2 Tonnen klimarelevanter Treibhausgase in Form von CO2- Äquivalenten. Auch die erneute Nutzung von Weißblech spart im Vergleich zur Primärerzeugung viele Ressourcen ein. Der Energieverbrauch sinkt um 75 Prozent, und der Ausstoß von Treibhausgasen wird um bis zu 80 Prozent verringert."

Was passiert mit den getrennt erfassten Verpackungen? 99,9 Prozent der deutschen Kunststoffabfälle aus der Gelben Tonne und dem Gelben Sack wurden 2023 in Deutschland (85,1 Prozent) und anderen EU-Staaten (14,8 Prozent) verwertet. Insgesamt 0,1 Prozent der Kunststoffabfälle aus der Gelben Tonne und dem Gelben Sack wurden zur Verwertung ins Nicht-EU-Ausland (Schweiz, Türkei) exportiert (Quelle: Stiftung Zentrale Stelle Verpackungsregister (ZSVR), Recyclingquoten 2023, Januar 2025). Die zwei zum Stadtgebiet nächstgelegenen Sortieranlagen befinden sich in unmittelbarer Nähe zum Münchner Flughafen.

Politik auf einen Blick

v.l.n.r.: Rüdiger Weiß, Andreas Braun, Christian Moser MdB, Anton Braun und Thomas Leistritz

Christian Moser MdB besucht Braun Entsorgung

Christian Moser MdB (CSU) ist der neue direkt gewählte Abgeordnete des Wahlkreises Freising und umweltpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe. Auf Einladung von Anton Braun, Andreas Braun und Geschäftsführer Thomas Leistritz besuchte er unsere Mitgliedsfirma Braun Entsorgung in Manching. Neben einer Firmenbesichtigung wurde auch über die 10 Forderungen von BDE, bvse und VBS für eine starke und resiliente Kreislaufwirtschaft gesprochen. Dabei wurde insbesondere auf die Dringlichkeit einer Lösung beim Thema Batteriebrände hingewiesen.

VBS-Delegation im EU-Parlament – vorne in der Mitte Frau Prof. Dr. Angelika Niebler MdEP, Stefan Böhme und Markus Ferber MdEP

Besuch im Europäischen Parlament in Brüssel

Eine Delegation des VBS-Vorstandes besuchte am 24. Juni das Europäische Parlament auf Einladung von Frau Prof. Dr. Angelika Niebler MdEP. Beim gemeinsamen Gespräch zu aktuellen Branchenthemen war mit Markus Ferber MdEP noch ein weiterer CSU-Abgeordneter mit dabei. Weitere Programmpunkte waren der Besuch der BDE-Geschäftsstelle in Brüssel sowie ein Austausch mit Almut Nagel (Leiterin Abteilung Umwelt der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der EU).

Markus Saller MdL und Rüdiger Weiß

Austausch mit Markus Saller MdL

Der Mühldorfer FW-Abgeordnete Markus Saller ist wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion. GF Rüdiger Weiß führte ein Gespräch mit ihm zu aktuellen Branchenthemen. Angesprochen wurden hierbei u.a. folgende Themen: Brände durch falsch entsorgte Lithium-Akkus, Wertstoffhöfe nur für geeignete Abfälle, Getrenntsammlung von Bioabfällen, Bürokratie/ Genehmigungsverfahren und Umstellung der LKW-Flotten auf klimafreundliche Antriebe.

Politik auf einen Blick

Vizepräsident Rainer Hofmann, Staatsministerin a.D. Kerstin Schreyer MdL, Alexander Flierl MdL, Petra Högl MdL und Rüdiger Weiß

Austausch mit CSU-Landtagsabgeordneten

Vizepräsident Rainer Hofmann und GF Rüdiger Weiß sprachen im Landtag über aktuelle Branchenthemen mit drei CSU-Abgeordneten:

- Staatsministerin a.D. Kerstin Schreyer MdL, Stv. Vorsitzende Wirtschaftsausschuss
- Petra Högl MdL, Stv. Vorsitzende Landwirtschaftsausschuss
- Alexander Flierl MdL, Vorsitzender Umweltausschuss

Angesprochen wurde das Thema fairer Wettbewerb zwischen Kommunen und Privatwirtschaft sowie weitere aktuelle Themen der Entsorgungsbranche.

Immer auf dem neusten Stand - mit dem VBS auf Facebook, Twitter und Instagram

Hier finden Sie laufend Neuigkeiten zu unserer Verbandsarbeit und unseren Veranstaltungen sowie aktuelle Brancheninformationen. Schauen Sie rein – wir freuen uns auf einen regen Austausch mit Ihnen!

Impressum

Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V.

Fax +49 (0)89 76 70 01 72
E-Mail: info@vbs-ev.bayern
www.vbs-ev.bayern

Tel.: +49 (0)89 - 76 70 01 70
Ottostr. 5
80333 München